



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft  
und Verkehr

II-3474 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Pr.Z1. 5901/13-1-85

1579 1AB  
1985 -11- 15  
zu 1603 1J

#### ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage  
der Abg. Dr. Reinhart und Genossen  
vom 25. September 1985, Nr. 1603/J-  
NR/1985, "Tiroler Verkehrsprobleme"

Ihre Anfrage beeheire ich mich, wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr begrüßt grundsätzlich alle Initiativen zur Schaffung neuer Verkehrsverbünde oder verbundähnlicher Einrichtungen und steht jederzeit für Gespräche über die Errichtung eines Verkehrsverbundes für den Nahverkehrsraum Innsbruck zur Verfügung. Der Anstoß zur Errichtung solcher Verbünde geht allerdings vom betreffenden Bundesland oder den berührten Gemeinden aus, wobei seitens des Bundes jedenfalls die grundsätzliche Bereitschaft besteht, zur Ermöglichung bzw. Abwicklung eines Verbundes beizutragen. Als "Vorlage" für die Errichtung könnten dabei die für Linz bereits realisierten und für Salzburg vereinbarten Regelungen dienen, die auf den Prinzipien der leichten Administrierbarkeit und der paritätischen Beteiligung von Bund, Land und Gemeinden am Durchtarifierungsverlust beruhen. Dabei sollte - wie auch schon beim Verkehrsverbund Salzburg geplant - der Durchtarifierungsverlust bei den im Besitz der Landeshauptstadt befindlichen Verkehrsunternehmen entstehen und diesen dann von

- 2 -

Bund, Land und Gemeinden zu je einem Drittel abgegolten werden. Sollte über diese Grundsätze eine Einigung erzielt werden, steht der Errichtung eines Verkehrsverbundes Innsbruck im Prinzip nichts entgegen.

Für die Einrichtung eines Verkehrsverbundes in Innsbruck ist es von großer Bedeutung, daß aufgrund eines Übereinkommens zwischen dem Land Tirol und den Österreichischen Bundesbahnen die für einen schnellbahnmäßigen Taktverkehr zwischen Innsbruck und Telfs-Pfaffenhofen notwendigen Infrastrukturverbesserungen bereits vorgenommen wurden. Der 1-Stunden-Taktverkehr auf dieser Strecke wird schon seit Jahren betrieben und soll mit Beginn der Sommerfahrplanperiode 1987 bis Ötztal verlängert werden.

Zu den Fragen 4 bis 6:

Die Erstellung lokaler Verkehrskonzepte fällt wegen der Dominanz raumordnungspolitischer Notwendigkeiten in den Bereich des Landes bzw. der Gemeinden.

Es darf in diesem Zusammenhang auf die oben erwähnten Vereinbarungen zwischen dem Land Tirol und den Österreichischen Bundesbahnen verwiesen werden, die nicht zuletzt durch die 20 %ige Kostenbeteiligung des Landes Tirol, vor allem durch den Ausbau der Strecke bis Ötztal auch für den Raum Imst Verkehrsverbesserungen mit sich bringen wird. Der Ausbau der Strecke bis Ötztal wird die Neugestaltung der Bahnhöfe Stams, Silz und Ötztal sowie der Haltestellen Rietz, Mötz und Haiming umfassen. In allen diesen Stationen werden neue Bahnsteige und schienenfreie Zugänge errichtet; die Bahnhöfe erhalten darüberhinaus moderne Sicherungsanlagen (veranschlagte Kosten ca. 850 Mio S.).

Für den Bezirk Reutte sind folgende bereits realisierte Verkehrsverbesserungen zu erwähnen:

- 3 -

Auf der Strecke Pfronten - Steinach - Reutte in Tirol:

- \* Tägliche Weiterführung des in der Relation Kempten im Allgäu - Pfronten - Steinach verkehrenden Zuges 5463 nach Reutte in Tirol.
- \* Ausweitung der Verbindung Zug E 780, Reutte in Tirol - Pfronten - Steinach - Kempten im Allgäu, auf einen täglichen Verkehr.
- \* Weiterführung des Zuges 5467 an Werktagen außer Samstag von Kempten im Allgäu über Pfronten - Steinach nach Reutte in Tirol und analog dazu die Führung eines neuen Zuges 5468 an Werktagen außer Samstag von Reutte in Tirol nach Pfronten - Steinach und weiter nach Kempten im Allgäu.

Auf der Strecke Reutte in Tirol - Innsbruck:

- \* Kürzung der Reisedauer beim Zug E 681, Reutte in Tirol - Innsbruck Hbf, durch Straffung der Fahrzeiten.
- \* Führung eines neuen, täglichen Zuges E 684 von Innsbruck nach Reutte in Tirol mit Kurzwagen nach München.

Wien, am 14. November 1985

Der Bundesminister:

